



Berichte zur Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Europäischen Akademie Bayern vom 24.-25.9.16 im Exerzitenhaus Schloss Fürstenried in München

Prof. Dr. Eckart Stratenschulte

Europa vor neuen Entscheidungen

„Auseinandersetzungen gab es in der Europäischen Union von Beginn an. Jetzt aber besteht die Gefahr, dass die Union – zumindest in der jetzigen Form – auseinanderfällt. Wissen wir noch, was wir miteinander anfangen wollen?“ Mit diesen Worten beschreibt der Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, die prekäre gegenwärtige politische Situation der EU in seinem Eröffnungsvortrag zum Thema „Europa vor neuen Entscheidungen“.

Beobachtungen

Der EU-Experte Stratenschulte stellte zunächst fest, dass die Friedenssicherung als ursprüngliches Ziel der Europäischen Gemeinschaft vollständig erreicht worden sei, allerdings dieses Motiv heute nicht mehr als „Kitt“ dienen könne, um die äußerst komplizierte Union zusammenzuhalten. Das Konstruktionsprinzip der Supranationalität, welches davon ausgeht, dass nationale Souveränität an die europäische Ebene abgegeben und dort vergemeinschaftet ausgeübt wird, scheinete sich zu verflüchtigen. Dies betreffe auch die Bereitschaft, sich an die getroffenen Beschlüsse zu halten. Was die EU gefährde, sei beispielsweise nicht das britische Referendum für einen „Brexit“, sondern das Verhalten, gemeinschaftlich beschlossene Regeln zu ignorieren. Insofern sollte man den Briten ihren Ablösungsprozess nicht schwer machen, zumal sie als Insel gegenüber dem Kontinent von dem

Missverständnis ausgingen, den Integrationsprozess nicht als „ever-closing Europe“ zu verstehen.

Zur sogenannten Eurokrise, die ja eigentlich eine Schuldenkrise sei, habe u.a. die Bereitschaft fast aller Staaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft geführt, sich – mit zum Teil geschönten Haushaltszahlen – den Kriterien für die Währungsunion anzuschließen, aber als Mitglied dann keine Notwendigkeit mehr zu sehen, sich an die Vereinbarungen zu halten. Auch die größte Herausforderung für die EU im Jahr 2015 – der starke Zustrom von Schutzsuchenden, gemeinhin „Flüchtlingskrise“ genannt – offenbare, dass die Vereinbarungen der EU nicht eingehalten wurden. Es herrsche Beliebigkeit statt Verlässlichkeit, wenn z.B. vermeintlich nicht betroffene Staaten wie die der Visegrád-Kooperation mit ihrer neuen Formel der „flexiblen Solidarität“ das Heil in einer nationalen Lösung suchen.

In dieses Bild der Unverbindlichkeiten passten auch die nicht eingehaltenen Ankündigungen der EU, zum Schutz der Außengrenzen dem Haupttransitland Türkei drei Milliarden Euro zu zahlen. Bezeichnend erscheine auch die Meldung vom September 2016, dass ein Jahr nach dem Beschluss, 160.000 in Italien und in Griechenland angekommene Flüchtlinge auf andere EU-Staaten zu verteilen, erst etwas über 5.300 Personen tatsächlich umgesiedelt wurden. Des Weiteren sei im Herbst 2016 das Schengener Abkommen über einen kontrollfreien Reiseverkehr bereits „klinisch tot“.



„In Europa herrscht Beliebigkeit statt Verlässlichkeit.“
Foto: Schröder

die Meldung vom September 2016, dass ein Jahr nach dem Beschluss, 160.000 in Italien und in Griechenland angekommene Flüchtlinge auf andere EU-Staaten zu verteilen, erst etwas über 5.300 Personen tatsächlich umgesiedelt wurden. Des Weiteren sei im Herbst 2016 das Schengener Abkommen über einen kontrollfreien Reiseverkehr bereits „klinisch tot“.

Dies treffe insbesondere auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gehe mit hohen Wachstumsverlusten einher.

Zunehmend „pfiffen“ auch einige EU-Mitglieder auf die politischen Grundlagen der europäischen Demokratie. So würde der ungarische Ministerpräsident Orbán seit Jahren die Medien gängeln und die Justiz manipulieren. Auch die Ende 2015 ins Amt gekommene polnische Regierung hätte in wenigen Wochen das vollzogen, wofür Orbán Jahre gebraucht hat, nämlich die Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichts einzuschränken und die öffentlich-rechtlichen Medien unter staatliche Kontrolle zu stellen.

Stratenschulte kommt zu der Bestandsaufnahme, dass – nachdem die EU die Ziele der Friedenssicherung nach dem Kalten Krieg und der vorerst erreichten Integration konsolidiert habe – sie sich nun damit auseinandersetzen müsse, dass die neu hinzugekommenen Länder der letzten Erweiterungsrunden andere Interessen und Perspektiven an den Tag legten. Gegen die Komplexität und Kompromisshaftigkeit europäischer Regelungen erschien dabei die Illusion der Vorteile nationaler Lösungen in trügerischem Licht.



Quelle: Paul Lloyd / CC BY-NC-SA 2.0

Fragen und Probleme

Stratenschulte geht zunächst davon aus, dass die EU in diesem Jahrhundert entweder nur gemeinsam vorankomme oder überhaupt nicht. Was die EU der heranwachsenden Generation zu bieten habe, sei die (vermeintliche, *Anmerkung A.B. und B.O.*) Chance, über die Rahmenbedingungen des eigenen Lebens mitentscheiden zu können. Die damit verbundenen Problemlagen lauteten u.a. folgendermaßen:

- Die Osterweiterung ist offensichtlich noch nicht verarbeitet.
- Den Osteuropäern ist die EU zu westlich, den Westeuropäern zu östlich.
- Die Südländer fühlen sich von der Austeritäts-Politik der Nordeuropäer bevormundet. Dagegen haben sich in den nordeuropäischen Ländern Parteien gebildet, die eine gemeinsame Währungspolitik sowie die Mitgliedschaft der Südeuropäer in Frage stellen.

Zudem würden viele Partner in der Welt die EU nicht mehr ernst nehmen, da sie eine Politik betreibe, die sich – wie beispielsweise die Umverteilung von Flüchtlingen – vorhersehbarerweise nicht umsetzen lasse.

Lösungen

Das Beispiel des „Brexits“ habe gezeigt, dass die Frage weiterer Austritte aus der EU nach Artikel 50 des Lissaboner-Vertrags weiterhin virulent ist. Stratenschulte plädiert hier für einen kleineren Integrationsverbund, da dieser handlungsfähiger sei. Es sei unter Umständen besser, wenn die EU letztlich das Prinzip der „konzentrischen Kreise“ um ein Kerneuropa herum anwenden würde. Im Rahmen dieses Systems der „differenzierten Solidarität“ und der unterschiedlichen Vergemeinschaftung von Politikbereichen könnten sich die Mitglieder jeweils innerhalb dieser Kreise bewegen, um den „acquis communautaire“ aufrecht erhalten zu können. Hierdurch ist, so Stratenschulte, ein „Europa à la carte“ auszuschließen. Insofern begrüßt er auch den Austritt Großbritanniens aus der EU, wenn es darum geht, „das Scheidungsrecht anzuwenden“.

Vieles sei letztlich denkbar. Für die Zukunftsgestaltung sei jedoch von großer Bedeutung, wie die Entscheidungen getroffen würden. Für die Europäische Union beginne jetzt vielleicht die spannendste Dekade ihrer Geschichte – Europas Bürgerinnen und Bürger müssten dabei die Akteure sein, nicht die Zuschauer.

Prof. Dr. Andreas **Brunold**, Augsburg,
PD. Dr. Bernhard **Ohlmeier**, Augsburg

Kontakt: andreas.brunold@phil.uni-augsburg.de,
bernhard.ohlmeier@phil.uni-augsburg.de